
Präsident Ing. Norbert Hofer: Die Sitzung ist **eröffnet**.

Als **verhindert** gemeldet sind die Abgeordneten Lukas Brandweiner, Hans Stefan Hintner, Martina Kaufmann, MMSc BA, Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, Mag. Maria Smodics-Neumann, Maximilian Köllner, MA, Mag. Verena Nussbaum, Rudolf Silvan, Mag. Selma Yildirim, Dr. Dagmar Belakowitsch, Mag. Dr. Martin Graf, Christian Hafenecker, MA, Wolfgang Zanger, Hermann Weratschnig, MBA MSc, Süleyman Zorba, Dr. Helmut Brandstätter, Mag. Martina Künsberg Sarre und Mag. Julia Seidl.

Zuweisungen

Präsident Ing. Norbert Hofer: Hinsichtlich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen verweise ich gemäß § 23 Abs. 4 der Geschäftsordnung auf die im Sitzungssaal verteilte Mitteilung.

Die schriftliche Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Zuweisungen in dieser Sitzung:

zur Vorberatung:

Ausschuss für Bauten und Wohnen:

Antrag der Abgeordneten Mag. Ruth Becher, Kolleginnen und Kollegen betreffend Mietenstopp jetzt (3431/A(E))

Antrag der Abgeordneten Mag. Philipp Schrangl, Kolleginnen und Kollegen betreffend Mietenstopp statt ÖVP-Klientelpolitik für Vermieter (3432/A(E))

Ausschuss für Familie und Jugend:

Antrag der Abgeordneten Norbert Sieber, Mag. Markus Koza, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über

einen Ausgleich inflationsbedingt hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz-LWA-G) geändert wird (3430/A)

Gesundheitsausschuss:

Bundesgesetz, mit dem das Apothekengesetz und das Arzneimittelgesetz geändert werden (2053 d.B.)

Ausschuss für innere Angelegenheiten:

Antrag der Abgeordneten Ing. Reinhold Einwallner, Kolleginnen und Kollegen betreffend Personalengpass bei der Polizei – verbessern wir endlich die Arbeitsbedingungen! (3435/A(E))

Justizausschuss:

Antrag der Abgeordneten Christian Ries, Kolleginnen und Kollegen betreffend die Implementierung einer sicherheitsbehördlichen Befugnis im § 39b Unterbringungsgesetz (UbG), um Opfern von Gewalt in der Privatsphäre i.S.d. § 38a SPG bzw. Antragsteller von einstweiligen Verfügungen n.d. §§ 382b, 382c und 382d Exekutionsordnung im Sinne eines umfassenden Opferschutzes Informationen über den Verbleib des Gefährders zukommen zu lassen, wenn dieser als Patient nach § 8 oder § 9 UbG in einer geschlossenen Anstalt aufgenommen wurde. (3433/A(E))

Umweltausschuss:

Antrag der Abgeordneten Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen betreffend Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofes (3434/A(E))

Fristsetzungsanträge

Präsident Ing. Norbert Hofer: Weiters teile ich mit, dass die folgenden Fristsetzungsanträge vorliegen:

Antrag der Abgeordneten Sieber, Koza, Kolleginnen und Kollegen, dem Ausschuss für Familie und Jugend zur Berichterstattung über den Antrag 3430/A eine Frist bis 13. Juni 2023 zu setzen, sowie

Antrag der Abgeordneten Kickl, Kolleginnen und Kollegen, dem Verfassungsausschuss zur Berichterstattung über den Antrag 3066/A eine Frist bis 2. Juni 2023 zu setzen.

Die gegenständlichen Anträge werden gemäß der Geschäftsordnung nach Beendigung der Verhandlungen in dieser Sitzung, also sogleich, zur Abstimmung gebracht werden.